Podiumsdiskussion bei einer Veranstaltung des eingetragenen Vereins 'Neuer Verband der Lohnsteuerhilfevereine'
vom 19.06.2008 – kurz vor dem EM-Spiel Portugal vs. Deutschland –

Thema:	***„Werbungskostenabzug nach dem objektiven Nettoprinzip - Grundlagen einer gerechten Arbeitnehmerbesteuerung"***
Teilnehmer:	**Dr. Michael Meister (CDU/CSU)** **Joachim Poß (SPD)** **Carl-Ludwig Thiele (FDP)** **Christiane Scheel (Bündnis90/DIE GRÜNEN)**
Vertreter des NVL:	**Jörg Strötzel, Vorstandsvorsitzer des NVL e.V.**
Moderator:	**Heiner Bremer**
Anmerkung:	**Das Protokoll setzt ein bei einer Frage aus dem Publikum (Finanzrichter Dr. Balke). Zuvor hat Christiane Scheel eine Arbeitnehmerpauschale von 2.105 € vorgeschlagen.**

…
Balke: *„Mein Name ist Michael Balke, Finanzrichter aus Hannover. Ich habe eine Frage an die Glaubwürdigkeit aller Politiker. Es ist so: Wir haben das Thema 'Arbeitnehmersteuerrecht'. Wieso ist eigentlich das Abgeordnetensteuerrecht wesentlich besser? Ich meine Ihre pauschale steuerfreie Kostenpauschale von 45.000 €. Und nun zu den Fakten Herr Poß. Sie haben mindestens 133.000 Abgeordnetenbezüge pro Jahr, wahrscheinlich wesentlich mehr noch. Aber die haben Sie mindestens. Und davon ist ungefähr 1/3 steuerfrei, nämlich 45.000 €. Wie wollen Sie nun rechtfertigen, daß andere, die auch wichtige Berufe haben, die auch Tag und Nacht arbeiten müssen, und eben diesen Betrag nicht haben, alles andere nachweisen müssen. Wie kommen Sie dazu, eine so hohe, die höchste Pauschale in Deutschland für sich zu beanspruchen. Das ist ein Skandal."*

Poß: *„Das ist reine Polemik. Ich weiß auch gar nicht, wie Sie dazu kommen. Haben Sie von mir eine Äußerung gehört, die zu dieser Äußerung hier eine Rechtfertigung liefert? Ich tue Ihnen auch nicht den Gefallen, auf dieses Niveau herunterzusteigen. Das sage ich Ihnen ganz deutlich. Das muß so nicht sein. Ich habe mich zur Pauschalierung überhaupt nicht geäußert. Die Kollegin Scheel hat einen Betrag genannt, den ich nicht kannte. Ich habe gesagt, ich bin offen. Das überrascht mich jetzt. Also, Sie unterstellen mir eine Sache, mit der ich überhaupt nichts zu tun habe, und als Finanzrichter müßten Sie da schon mit etwas größerer intellektueller Präzision vorgehen. Jedenfalls müßte man das von Ihnen verlangen."*

Es folgt ein nicht verständlicher Zwischenruf

Bremer: *„Bitte nicht, wir können nicht noch einen Dialog machen."*

Zwischenruf Balke: *„Herr Poß, Sie haben einen Brief geschrieben 2005, daß es richtig ist, daß diese Pauschale von 45.000 € für Sie existiert, weil Sie nämlich (**Zwi-***

schenruf Poss: *„Aber das spielte doch bisher keine Rolle“) „kein normaler Steuerpflichtiger sind.“*

Bremer*:* *„Darf ich mal zusammenfassen: Ich habe zwar die Frechheit gehabt, hier danach zu fragen, ob man eine Pauschalierung nicht auch für sinnvoll halten kann oder auch nicht. Für die Antwort bin ich nicht verantwortlich und Frau Scheel ist auch Manns genug selbst zu antworten*

Bitte einer nach dem anderen. Wir müssen uns doch gar nicht so aufregen. Das wird nachher noch schlimm genug wie wir uns aufregen ab ¼ vor 9, also denkt ans Herz.“

Scheel: *„Ich fang mal an: Ich habe das mit der Pauschalierung vorhin gesagt, mit dem Gedanken, das Steuerrecht zu vereinfachen: ja oder nein. Weil die berechtigte Frage war, was gibt es für Möglichkeiten, wie man das Steuerrecht vereinfachen kann. Ich weiß, daß es keine Einzelfallgerechtigkeit dann ist. Ich weiß, daß es auch Mitnahmeeffekte gibt, aber wenn man sich über Vereinfachung unterhält, finde ich, ist es auch zulässig zu überlegen, ob denn eine höhere Pauschalierung ein Weg zur Vereinfachung sein kann. Ich glaube, daß es das ist. Nicht mehr und nicht weniger habe ich gesagt. Und daß man natürlich auf der betrieblichen Seite auch dementsprechend, wenn man selbständig ist, seine Aufwände wie heute auch geltend machen kann, darüber hinaus, das stellt ja niemand in Frage. Auf so eine Idee kämen wir ja überhaupt nicht. Was Sie jetzt angesprochen haben, ist ja der Punkt, Abgeordnete bekommen eine Aufwandspauschale und diese ist steuerfrei. Das ist das, was Sie kritisiert haben in dieser Größenordnung, ansonsten bekommen wir ein Einkommen, das ist jetzt letztens durch die Diäten-Erhöhung auf 7.300 € ungefähr angewachsen. Dieses Einkommen ist voll steuerpflichtig wie bei jedem anderen, der einkommen- oder lohnsteuerpflichtig ist, auch. Wir machen Vorauszahlungen in der Regel, manche vierteljährlich, andere monatlich. Je nach dem Finanzamt. Diese Frage, die Sie meinen, warum haben wir eine so hohe Pauschale, wo wir keine Einzelfallgeschichten machen müssen, wo wir nicht belegen müssen, das Hotelzimmer hat gekostet, die Wohnung kostet und das kostet und das kostet…*

Da würde ich mal sagen, ich weiß, daß es diesen Streit gibt, ich weiß, daß es da auch Prüfungen gibt, die auch von den Finanzgerichten, ja oder Urteile, die ja wohl auch anstehen, BFH, genau. Das wissen wir ja. Der Punkt ist nur, ich hätte jetzt kein Problem zu sagen, wir, wir hören auf mit dieser Pauschale und wir machen eine Einzelabrechnung. Ich bin schon lange in der Politik. Ich kann Ihnen nur sagen. Ich war in Bayern im Landtag und wir haben da mal alle Fraktionen ¼ Jahr lang alle aufschreiben müssen, weil das mal von der Frage, wie hoch ist die Pauschale, ist die adäquat oder nicht, der Rechnungshof angemahnt hatte. Dann haben wir das gemacht. Und dann hat sich herausgestellt am Ende, daß zwei von meinen Kollegen über der Pauschale drüber gewesen sind, von der anderen Fraktion, da gab es damals dieses Autotelefon, das war sakrisch teuer und da gabs dieses Handy. Da hat man das dann immer so weiter entwickelt und hat gesagt, man bleibt bei dieser Pauschale, in Hessen haben sie es anders gemacht. Da haben sie einen Sockel eingeführt und darüber hinaus Spitz-Abrechnung. Was im Einzelfall dazu geführt hat, daß es plötzlich für den Steuerzahler teuerer geworden ist. Ich sag Ihnen auch warum. Weil die Leute nämlich dann wissen, sie können, wenn sie unterwegs sind, ihre Hotelkosten voll zum Abzug bringen und so muß man mit dem Geld, was man zur Verfügung bekommt, auch haushalten. Und ich weiß von vielen Kollegen die sagen, daß ihnen für den Aufwand den sie haben, im wirklichen politischen Leben, diese Pau-

schale nicht ausreicht, sondern, daß sie aus dem Geld, was Sie zu versteuern haben, noch was drauflegen. Und unsere Diskussion war immer die, ist es insgesamt teurer für den Staat, wenn die Abgeordneten Einzelfallabrechnungen machen oder ist es für den Staat günstiger. Ich kann jetzt - Aus Gerechtigkeitsgründen verstehe ich das sofort, warum die Abgeordneten nicht auch, die haben doch Privilegien und so. Das verstehe ich sofort wenn so was gesagt wird. Aber dann muß man aber auch die Konsequenz haben und man akzeptiert aber auch, daß der Aufwand dann teurer ist und daß sich letztendlich der Staat mehr leistet und das finde ich ist ein großes Problem, was man ehrlicherweise an der Stelle auch mit nennen muß, weil"

Bremer: *„Was man für eine Diskussion auslösen kann, wenn das Wort Pauschale auftaucht. Das ist ja schon ein abendfüllendes Thema für sich, die Abgeordnetenbezahlung, aber das hatten wir eigentlich nicht so auf der Agenda, das können wir auch noch mal machen.*

Poß: *„Hätten wir machen können. Aber - "*

Bremer: *„ Nicht heute, die Fragen gingen immer ein bißchen in die Richtung, ist Pauschalierung dann das Allheilmittel oder ist das nicht noch gefährlicher. Ich gehe mal davon aus, daß Sie alle dazu was sagen wollen. Machen wir doch einfach weiter. Herr Thiele fängt an."*

Thiele: *„Ganz kurz: Erst mal mit Herrn Balke. Es ist der Vorlagebeschluß, glaube ich, des FG Hannover. Ihre Klage! Sehen Sie, o.k. So, dann kann ich nur folgendes dazu sagen: Ich hab mich nie des Geldes wegen, mögen Sie glauben oder nicht, für den Bundestag beworben. Ich kann Ihnen nur sagen, es sind wenige Einkünfte in unserem Staate so transparent, wie die der Bundestagsabgeordneten. Ich habe einen Zeitvertrag mit dem deutschen Volk und ich lade Sie alle ein, sich bei der nächsten Wahl um diese Tätigkeit zu bewerben. Sie steht jedem offen, jeder kann sie bekommen, er braucht nur die Zustimmung und kann es nehmen. Was mir am Verfahren nicht gefällt, daß die Abgeordneten hier den Eindruck erwecken, sie schaffen Sonderregelungen für sich selbst. Deshalb würde ich mir wünschen, daß man eine unabhängige Kommission bekommt, die entsprechende Vorschläge unterbreitet, um da eben auch solche Fragen aus dem Wege zu räumen, ansonsten kann ich nur sagen, ich wünsche mir das Engagement, was Sie hier zeigen, noch stärker in der Politik. Bitte gehen Sie rein, versuchen sie ein Mandat zu machen und dann auch aus der Sicht dem Thema zu nähern, es zu verändern zu lassen, möge dann jeder selbst für sich entscheiden.*

Zu der Frage Pauschale grundsätzlich: Wir haben in unserem Parteitagsbeschluß in München folgenden Passus dazu verfaßt: Für Arbeitnehmer werden berufsbedingte Kosten aus Vereinfachungsgründen ohne Nachweis durch eine Aufwendungspauschale von 2 % der Einnahmen mindestens 200 € und höchstens 5.000 € pro Jahr berücksichtigt, bei höheren Kosten ist der Einzelnachweis erforderlich.
Das ist unsere Auffassung zu diesem Thema."

Applaus

Poß: *„Ich hab mich ja nachfragend zu Frau Scheel zu dem Punkt geäußert. Ich sehe das überhaupt nicht dogmatisch. Ich habe nur darauf hingewiesen, daß, wenn man Pauschalen bildet, die realitätsgerecht sein müssen. Möglichst natürlich auch Miß-*

brauch verhindern und nicht zum Mißbrauch einladen. Pauschalen können zur Vereinfachung beitragen, aber wenn man sieht, daß eben in der Realität die Dinge anders laufen, dann kommt wieder die Frage Einzelfallgerechtigkeit oder auch Nettoprinzip. Da muß man das zweite nehmen. Ich will das nicht dogmatisieren, sondern wir haben eine Arbeitnehmerpauschale - schon lange - und die ist natürlich auch ein Instrument, die muß nur realitätsgerecht sein. Da war ich jetzt über die Zahl zugegebenermaßen überrascht.“

Meister: *„Ja, also ich weiß nicht, was die Aufregung zur Pauschale bringt. Ich halte Sie erstens für angemessen und zweitens ist es Element der Vereinfachung und wer Vereinfachung will, der muß es auch irgendwo machen und das wird dann Einzelfallgerechtigkeit bringen. Ich kann die Aufregung an dieser Stelle überhaupt nicht verstehen. So lange wir über angemessene Pauschalierung sprechen, ist es aus meiner Sicht ein Weg, in dem Moment, wo sich die Pauschale mit der tatsächlich durchschnittlich anfallenden Aufwendung korrespondieren, dann wir ein Problem.*
Zweitens: Ich haben mit Ihrer Frage ein grundsätzliches Demokratieproblem. Ich bin der Meinung, wir sind frei gewählte Abgeordnete des Deutschen Bundestages und wir haben niemandem Rechenschaft zu legen, was wir tun mit unserem Mandat, schon gar nicht der zweiten und dritten Gewalt. Es ist so, wir sind die erste Gewalt und es kann nicht sein, daß ein Mitglied der Exekutive mir vorgibt, ob es richtig ist, daß ich als Abgeordneter im Sinne meiner Mandatswahrnehmung etwas tue oder nicht und wenn die Exekutive der Meinung ist, es sei falsch, dann entscheidet das kannst du nicht absetzen. Wir haben ein freies Mandat und in diesem freien Mandat muß ich tun können, was ich als Abgeordneter für richtig halte und nicht einer Kontrolle der Exekutive unterliege, sonst fallen wir hinter den Zeitpunkt der Gewaltenteilung und Demokratisierung zurück. Deshalb bin ich der Meinung, ist der Weg der Pauschale richtig.

Zweiter Punkt: Von ihm als Finanzrichter erwarte ich, daß er zumindest mal die Grundrechenarten beherrscht. Wir verdienen 7.300 € Diäten im Monat, gerechnet auf 12 Monate sind das 88.000 € und keine 133.000. Sie sollten mal bitte in die Grundschule gehen, Mathematik lernen, bevor Sie sich hier hinstellen und Abgeordnete des Deutschen Bundestages angreifen. Das ist schlicht und ergreifend Polemik die Sie hier betreiben. Das weise ich zurück und lasse es mir auch nicht gefallen.“
Balke: *„Das sind Fakten!“*

Meister weiter: *„Das sind leider keine Fakten. Das ist Polemik, die Sie gegen die Abgeordneten betreiben und in Ihrer Stellung als Finanzrichter erwarte ich, daß Sie bitte zumindest zu den Fakten zurückkehren und keine Polemik und falsche Behauptungen aufstellen. Das muß ich mir auch als Abgeordneter nicht bieten lassen, auch nicht von jemandem der sich Finanzrichter nennt. Ich wundere mich, daß jemand mit dieser Qualifikation für dieses Amt überhaupt zugelassen wurde, bei dem was Sie hier betreiben.“*

Bremer: *„Wenn ich die Diäten zusammenrechne mit der kostenfreie Pauschale ist das glaube ich nicht ganz in Ordnung. Aber Aufregung ist gut, zeigt Engagement. Ist auch in Ordnung.“*
Meister weiter: *„Man muß sich nicht jede Beleidigung gefallen lassen, man kann auch mal deutlich machen, daß jemand der beleidigt, das auch -“*

Bremer: *„Herr Meister, ich wollte doch gerade sagen, es ist doch Ihr gutes Recht, wie von jedem hier vorne, sich auch dagegen zu wehren, wo sind wir denn. Nehmen Sie das doch ein bißchen sportiver, bitte etwas sportiver. Wir müssen uns doch nicht gleich gegenseitig umbringen, nur weil wir unterschiedlicher Ansicht sind. Ich glaube ohnehin, daß wir über das Thema, das wir da haben, noch stundenlang diskutieren können, das ist immer so, aber ob es noch wirklich neue Erkenntnisse bringen wird, bin ich nicht ganz sicher. Ich bin in einem sicher, daß über diese Fragen auch im kommenden Jahr, auch im Wahlkampf, ganz bestimmt diskutiert wird, weil es genügend Parteien geben wird, die mit Entlastungsvorschlägen kommen werden und dann wird es für andere, die das aus vielleicht guten oder auch weniger guten Gründen für nicht finanzierbar halten, schwierig. Das Thema wird bleiben, es wir Ihnen bleiben, es wird uns allen bleiben, wir haben also nur einen Zwischenschritt und ich bedanke mich trotzdem und ich finde, wenn es ein bißchen mit dem Adrenalin nach oben ging, ist es in Ordnung. Und wenn wir nicht in allen Fragen einig geworden sind, ist es auch in Ordnung. In einem sind wir uns wahrscheinlich einig, daß wir in spätestens 2 ½ Stunden gemeinsam Daumen drücken.“*

„Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.“ Applaus

Strötzel: *„Meine Damen und Herrn! Unser Ziel war es nicht, daß über die Abgeordnetenpauschale gesprochen wird, sondern unser Ziel war es, über ein neues Arbeitnehmersteuerrecht zu sprechen. Leider ist es so gekommen, daß es halt eben es drei Fragen gab zum Arbeitnehmersteuerrecht und die Abgeordnetenbezüge im Vordergrund standen. Nochmals: es war nicht unsere Absicht.“*